



**INITIATIVGRUPPE
MARBURGER STADTBILD UND STADTENTWICKLUNG E.V.
Der Vorstand**

IG MARSS e.V. C.Schreiner Postfach 2230 35010 Marburg/L

Marburg 3.Oktober 2016

Herrn
Oberbürgermeister
Dr.Thomas Spies
Rathaus

35037 Marburg

Bürgerbeteiligung

Sehr geehrter Herr Dr.Spies,

wir danken für Ihre Antworten auf unsere 10 Fragen.

Wir sehen darin aber weiterhin Ansätze für eine notwendige kritische Betrachtung und Diskussion mit allen Beteiligten.

Wenn wir davon ausgehen, dass Ihr Entwurf als *Startervorlage* erst im Trilog (und keinesfalls im Quadrolog) zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung alle Inhalte späterer wie auch immer gearteten Details in Leitlinien, Satzungen oder Rahmenbedingungen festlegen wird, bleiben doch einige Punkte, die wir jetzt für problematisch halten. Daher gehen wir heute auf einige Punkte und ihre Antworten (bzw. Nicht-Antworten wie z.B. direkt auf die Fragen 5-7) nicht weiter ein.

Marburger Weg?

Wir halten es für einen Irrtum, anzunehmen, dass ein eigener ‚Marburger Weg‘ ausschließlich und isoliert in Marburg gefunden werden kann. Allein etwas Besseres schaffen zu wollen und können, als die vielen anderen Kommunen, die jetzt schon Marburg sehr weit voraus sind, wird auf Unverständnis stoßen. Sie schreiben ja, dass Sie erst „**am Ende** auch Elemente anderer Städte“ einbeziehen wollen. **Wir bevorzugen daher jetzt schon eine Öffnung, einen Dialog mit anderen Kommunen, eine Mitwirkung im Netzwerk BB und intensive Prüfung bereits vorhandener Entwicklungen und aktueller Projekte und Fragestellungen.** Ihr Parteikollege Rink versucht, andere Vorschläge als Ihre als „Schnellschüsse“ herunterzuspielen. Er schreibt aber auch ‚Bürgerbeteiligung kann nicht von oben verordnet werden‘. Aber genau das macht Ihre Startervorlage. Denn sie sagt nicht: Lasst uns alle gemeinsam darüber nachdenken, wie wir BB auf den Weg bringen, sondern sie gibt bereits feste Rahmenbedingungen (Quadrolog, Ziel Inklusion etc) und Inhalte vor.

Wie erreicht man repräsentative Meinungsbilder?

Sicherlich hat vielleicht keine Kommune bisher eine optimale Lösung für die **inklusive** Beteiligung gefunden. Auch nicht die Bertelsmann-Stiftung, mit der die Landrätin einen Weg finden will.

Aber viele Städte arbeiten daran, sich diesem Ziel anzunähern, wie z.B. Gießen, Potsdam, Heidelberg oder Darmstadt. In Darmstadt versucht man, u.a. mit Befragungen ein repräsentativeres Meinungsbild zu erhalten und bindet verstärkt Randgruppen wie Behinderte ein, andernorts konzentriert man sich stärker auf Kinder- und Jugendbeteiligung. In Gießen hat man das Bürgerpanel als repräsentatives Element in die Satzung eingebracht und alle Einwohner ab 8 Jahren können einen Bürgerantrag stellen. In Heidelberg ist man der Meinung, dass nicht bei jedem Vorhaben ein ‚repräsentativer‘ Teilnehmerkreis herzustellen möglich und notwendig sei. Bei unterschiedlichen Vorhaben werden

Multiplikatoren der jeweiligen Interessen eingebunden – als ein möglicher Weg in Bewerbungs- und Los- und Zufallsverfahren. Sind für bestimmte Planungsgegenstände ‚besondere Bevölkerungsgruppen‘ zu beteiligen, dann muss man dies entsprechend gestalten.

Tendenziell sagen diese und andere Städte: **es gibt keine optimale, umfassende und einzig machbare Lösung der Integration aller Bevölkerungsgruppen in allen Bereichen der BB.**

Warum will Marburg also so tun, als gäbe es all diese Diskussionen (auch im Bürgerbeteiligungs-Netzwerk) und Ergebnisse nicht, indem es erst am Ende einen Blick darauf werfen will und mit dem Anspruch antritt, das andernorts nicht erreichte, in Marburg zu realisieren?

Gibt es eine Dominanz von Bürgern, die sich engagieren?

Die Inklusion ist nicht ein Problem der BB allein. Der OB wie das Parlament profitieren in ihren Wahlergebnissen von dem „Mittelschichten-Bias“, den Sie als ‚dominant‘ darstellen. Ihre sogenannten ‚bildungsfernen Schichten‘ bleiben dagegen vielfach auch den Wahlurnen und Bürgerversammlungen fern. Ohne ‚männliche Angehörige der Mittelschicht‘ gäbe es in Marburg viel weniger Bürgerinitiativen, Ehrenämter oder Vereine. Das gesamte Parlament besteht aus Männern und Frauen dieser Mittelschicht, einschließlich Magistrat und Oberbürgermeister.

Wir möchten betonen, dass es wünschenswert ist, dass in der BB ein breites und repräsentatives Meinungsspektrum zum Tragen kommen sollte. Eine Auswahl nach dem Zufallsprinzip, die nun auch in Potsdam vorsichtig angedacht wird, klingt interessant. (Was ist aber, wenn die Ausgewählten - vor allem in gesellschaftlichen Randgruppen - gar kein Interesse zeigen? Muss dann jedes Mal die Auswahl von Neuem durchgeführt werden, da ein einfacher Personenaustausch schon kein ‚Zufall‘ mehr wäre? Man hat diese Überlegungen ja schon im Vorfeld der BUGA Bürgerbeteiligung angestellt und dann fallen gelassen.) Man sollte bei einem solchen Vorhaben Mitbürger, die sich schon lange für neue Formen der BB interessieren, nicht als „dominant“ stigmatisieren. Steffen Rink (SPD, „Wir tun was“) erweitert ja auch den Kreis auf Menschen „mit viel Wissen und Erfahrung“, die **neu** für eine Mitwirkung gewonnen werden können. Wir sehen dabei in Marburg unterschiedlich hohe Hürden:

- Das Ignorieren von Meinungen (Bsp. Vitos)
- Bereits hohes freiwilliges Engagement (Bsp. soziale Einrichtungen)
- Schlechte Kommunikation (>OP, Bürgerversammlungen)

Sehr viele aus diesem Kreis und aus den angesprochenen Randgruppen haben zumindest eine direkte Erfahrung damit, seit sie von engagierten Bürgern auf der Straße angesprochen und um ihre Unterschrift gegen die Zerstörung des Vitos-Geländes gebeten wurden. Die SPD und der gesamte Magistrat haben die Stimmen von fast 3000 so gewonnenen Meinungen, also einem breiten Meinungsspektrum aus allen Schichten der Bevölkerung, nicht einmal zur Kenntnis nehmen wollen. So etwas unterdrückt künftige Bereitschaften, sich erneut für ein breitgefächertes Meinungsbild einzubringen.

Man muss auch einmal zusammenrechnen, wie viele Mitbürger sich schon Tag für Tag in Feuerwehr, sozialen Einrichtungen, Kirchen, Vereinen u.a. indirekt zum Wohl unserer Stadt einbringen. Da bleibt vielleicht wenig Zeit, auch noch Bürgerversammlungen o.ä. zu besuchen, vorausgesetzt man erfährt davon rechtzeitig. Die übliche Anzeige oder Ankündigung in der Oberhessischen Presse informiert vielleicht nur noch einen kleinen Teil der Stadtbevölkerung.

Am Anfang Ihrer Überlegungen müsste daher stehen: **wie erreichen wir alle Marburger Bürger** und nicht: wen wählen wir aus?

Die Universität soll Dienstleister bleiben.

Ein bestimmtes Institut der Universität für die wissenschaftliche Begleitung heranzuziehen ist eine Möglichkeit. Es sollte dann aber den Fragen **aller** Beteiligten zugänglich sein, Assistenz **für alle** bieten, und nicht einem Auftraggeber Stadt Marburg.

Eine andere Möglichkeit wäre, sich die Erfahrungen anderer Kommunen und die wissenschaftlichen Ergebnisse zu Nutze zu machen, wie sie zahlreich (z.B. in Potsdam, Heidelberg u.a.) publiziert werden.

Das Institut oder die Universität aber als Ganzes zu einem festen Bestandteil eines Quadrologs zu machen, halten wir weiterhin für unangemessen. Ebenso gut könnten dann die Kirchen, Gewerkschaften oder andere gesellschaftliche bzw. kulturelle Intuitionen einen solchen Status verlangen. Die Universität hat nach unserer Erfahrung eine schon viel zu starke Position als zweitstärkste Kraft neben der Stadt entwickelt. Gerade sie ist von BB sehr weit entfernt und vertritt ausschließlich eigene Interessen. (Vielleicht muss sie das auch) Und: sie würde die Chancen einer Diskussion ‚auf Augenhöhe‘ durch eine Übermacht von Wissenschaft, Verwaltung und Politik gegenüber den Bürgern weiter vermindern. Die Präsidentin der Universität ließ in ihren letzten öffentlichen Informationsveranstaltungen keinen Zweifel daran, dass die Interessen der Universität stets den Vorrang vor Interessen der Stadt und ihrer Bürger haben.

Die Bürger kommen wieder erst am Schluss zu Wort

Wenn Sie den ‚großen Wurf‘, den niemand bisher schaffte, aus dem Stand ohne stadtfremde Hilfe landen wollen, dann werden dafür mehr als zwei Jahre ins Land gehen. Denn selbst eine kleinere Aktion wie die Neustrukturierung des Gestaltungsbeirats brauchte von der Idee (aus unseren Reihen!) bis zur Umsetzung vier Jahre.

Es muss aber sofort etwas geschehen – vielleicht in ersten realisierbaren Leitlinien, die mit den Bürgern diskutiert werden. Oder auch in geändertem Verhalten der ‚Macht‘, in einer zwanglosen Umsetzung moderner Bürgerbeteiligung allein durch den Willen von Magistrat und Verwaltung.

Aber wollen Sie das wirklich, wenn Sie z.B. jetzt schon darauf verweisen, dass es im Bauwesen bereits eine Beteiligung gibt? Jedermann weiß, dass diese gesetzlichen Vorschriften nicht mehr zeitgemäß und nicht ausreichend sind.

So steht es in Ihrer Vorlage:

„Bürger/innenbeteiligung fängt mit Bürger/innenbeteiligung an.“

Es spricht eigentlich für sich: Sie haben im Vorfeld bisher mit Politikern, Verwaltung und Universität gesprochen und dann schon Ihr Vorhaben ins Parlament gebracht. Mit den Bürgern werden Sie erst irgendwann sprechen. Weil wieder etwas (Ihre Vorlage) eigentlich schon „in trockenen Tüchern“ vermutet wird, werden vielleicht viele Bürger nicht kommen. Die IG MARSS e.V. ist dabei nur eine kleine Randgruppe interessierter Bürger, die etwas anstoßen wollen. Wie vorher geschildert, gibt es sehr viele weitere Gruppen und Einzelpersonen, mit denen Gespräche geführt werden sollten.

Wir wünschen uns:

Reden Sie jetzt mit den Bürgern und stellen Sie dabei Ihr Konzept samt seinen mehrseitigen Erläuterungen auf den Prüfstand.

Lassen Sie die Universität außen vor und Wissenschaftler nur als Dienstleister zu.

Bilden Sie einen Arbeitsstab, der andere Kommunen besucht und bei den dortigen BB-Beauftragten Erfahrungen sammelt und dies in ersten Trilog-Sitzungen einbringt. Laden Sie Kollegen aus den Städten nach Marburg ein.

Korrigieren Sie Ihr hohes Ziel der optimalen Inklusion, damit nicht dessen Scheitern Ihr gesamtes Vorhaben zum Fall bringt.

Mit freundlichen Grüßen

IG MARSS e.V.

INITIATIVGRUPPE MARBURGER STADTBILD UND STADTENTWICKLUNG EV



Claus Schreiner (Vorstandssprecher)

Ulla Hirt (Vorstandsmitglied)